

nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Gesetzentwurf mit Stimmen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der CDU-Fraktion **angenommen**.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt

5 U3-Rechtsanspruch erfüllen, Qualitätsstandards erhalten!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/820

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Tenhumberg das Wort.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir als CDU wollen nicht für alle das Gleiche, sondern für jeden das Beste. Mein Fraktionsvorsitzender Karl-Josef Laumann hat heute Morgen in seiner Antwort auf die Regierungserklärung die Entwicklung in der Kinderpolitik dargelegt und das glatte Versagen der Landesregierung von Rot-Grün vor 2005 dokumentiert. Nach 2010 müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Rot-Grün auch heute nicht bereit ist, die Wirklichkeiten zur Kenntnis zu nehmen.

Meine Damen und Herren, verantwortlich für die miserable Situation in den Kindertageseinrichtungen ist Rot-Grün. Ihre Aufgabe sehen Sie anscheinend nicht in der fachlichen Umsetzung zur Bedarfsdeckung, sondern in der Vertuschung der von Rot-Grün verschlammten Situation. Dieses Vertuschen, Ausblenden, Vergessen, Verdrehen und Wegschauen wird auch deutlich, wenn ich mir Ihre früheren Aussagen anschau.

Frau Altenkamp sagte – ich zitiere – am 29.08.2007 bei der KiBiz-Anhörung, auch die Qualität der frühkindlichen Bildung müsse im Gesetz festgeschrieben werden, beispielsweise durch Gruppenobergröße. – Ministerin Schäfer sagte – ich zitiere – am 12.01.2011 auf der Pressekonferenz: „Bei der Gruppengröße sehen mehr als die Hälfte der Eltern Handlungsbedarf. 52 % wünschen sich kleinere Gruppen.“ – Oder Andrea Asch – das ist der Gipfel – sagte am 22.08.2012: „15 U3-Kinder in einer Gruppe sind eine Zumutung und sollten politisch nicht mitgetragen werden!“ – Meine Damen und Herren, können Sie sich eigentlich noch im Spiegel wiedererkennen?

Wer eigentlich hat seit 2005 dafür gesorgt, dass deutlich mehr Personal in der Kinderbetreuung eingesetzt werden kann? CDU und FDP, wir haben es gemacht. Wer hat eigentlich gesagt, dass wir mehr Fachpersonal in der Kinderbetreuung brauchen?

Wir, CDU und FDP. Wir haben es nicht nur gesagt, sondern auch getan.

(Beifall von der CDU)

Sie haben 2007 bei der KiBiz-Reform genau das Gegenteil verkündet. Es würde weniger Personal eingesetzt. Damit haben Sie Unsicherheit produziert. Das setzt sich fort. Wer hat Qualität in die Kinderbetreuung eingeführt? Wir, CDU und FDP. Wer hat die Tagesmütter und Tagesväter gegen den erbittertsten Widerstand von SPD und Grünen eingerichtet? Wir waren es, FDP und CDU.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Tenhumberg, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Ganzke von der SPD-Fraktion zulassen?

Bernhard Tenhumberg (CDU): Nein, wir haben im Ausschuss genügend Zeit, darüber noch zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, wer hat die Chancen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht, mehr Chancen für Alleinstehende geschaffen und mehr Bildungsgerechtigkeit in der Kinderbetreuung gewährleistet? Wir, CDU und FDP.

Wer hat mit der schlechtesten Versorgungsquote in Deutschland, mit 2,8 % und nur 11.800 U3-Plätzen, Tausenden von Frauen keine berufliche Perspektive gegeben, hat sie alleine gelassen? Sie von Rot-Grün.

(Beifall von der CDU)

Wir haben dieses dann mit einer historischen Aufholjagd mit der U3-Betreuung wieder korrigiert.

Meine Damen und Herren, der erste Krippengipfel ist viel zu spät einberufen worden und nur deshalb, weil man das eigene Versagen realisierte. Aber dieser Gipfel hat die Probleme nicht gelöst. Das Ausbauziel wird nicht erreicht. Die Regierung hat auf voller Linie versagt.

Als Panikreaktion wurde ein zweiter Krippengipfel einberufen, um von dem eigenen Versagen abzulenken und präventiv andere in die Verantwortung einzubinden.

Eltern werden am 1. August 2013 gezwungen sein, ihre Rechte einzuklagen, weil das Ziel nicht erreicht wird, weil der tatsächliche Bedarf bis heute von Rot-Grün sträflich unterschätzt wird und die aktuelle Bedarfzahl der Institute, die landesweit angeblich deutlich über 40 % liegen soll, verschwiegen wird.

Reden Sie nicht alles schön. Reden Sie nicht so viel Unsinn. Tun Sie endlich etwas, um den berechtigten Wünschen von Eltern, Erzieherinnen und Erziehern sowie der Kinder nachzukommen!

Die Qualität der Kinderbetreuung steht für uns als CDU absolut im Vordergrund. Wer wie Sie von der Regierungskoalition die wissenschaftlichen Erkenntnisse missachtet, versündigt sich an unseren Kindern. Diese Regierung verschlechtert massiv und fahrlässig die Qualität. Sie vergrößert die Gruppen. Sie verringert die Spiel- und Betreuungsflächen. Sie stellt weniger Personal ein. Sie kümmert sich nicht um die Qualität der Umschulungsmaßnahmen. Diese Regierung denkt überhaupt nicht mehr über die Qualität nach. Sie hält die notwendigen qualitativen Standards nicht ein. Sie denkt nur an die formale Einhaltung der Quote und verkauft diesen Skandal mit viel Aufwand als etwas Besonderes. Das Kindeswohl, meine Damen und Herren, spielt bei dieser Regierung überhaupt keine Rolle. Das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, bei meinen Besuchen bei Eltern, Tageseinrichtungen und Trägern ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Tenhumberg, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Bernhard Tenhumberg (CDU): Ich komme zum Schluss, Herr Präsident, letzter Satz.

Man sagt mir dort Folgendes: Gebt uns den Laschet zurück! Bei dem standen doch immer die Kinder im Mittelpunkt.

(Beifall von der CDU – Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Diese Menschen haben recht. Sie haben recht. Wir sollten das machen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tenhumberg. – Für die Fraktion der SPD spricht der Kollege Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Liebe Zuhörer! Ein köstlicher Scherz! Ich muss sagen: Es hat mir schon Spaß gemacht zuzuhören: Man wünscht sich den Laschet zurück. Das ist klasse. – Ich möchte mich hier erst einmal ganz recht herzlich bei der CDU bedanken.

(Zuruf von der SPD: Für den Scherz?)

Es gibt zwei Sachen, die mir heute aufgefallen sind. Dazu haben Sie einen Dank verdient, gerade nach der Rede von Herrn Laumann heute Morgen.

Erstens möchte ich mich dafür bedanken, dass Sie die Kräfte, die maßgeblich am Niedergang der CDU

in den letzten sieben Jahren beteiligt waren, wieder in Führungspositionen gewählt haben. Das ist gut für diese Landesregierung und birgt auch eine gewisse Kontinuität, die ich Ihnen in dieser Frage auch wünsche.

Zum Zweiten möchte ich mich bedanken – das finde ich auch klasse –, dass Sie so einen inhaltsfreien Antrag hier gestellt haben, weil uns das natürlich die Möglichkeit gibt, noch einmal die Unterschiede herauszuarbeiten.

Denn, lieber Kollege Tenhumberg, wir ändern ja heute kein Gesetz. Das, was Sie hier als Qualitätsdebatte vom Zaun reißen wollen, hat ja gar keine Grundlage. Wir verändern nichts. Es bleibt alles so, wie es ist. Die Ministerin hat vielmehr gesagt, dass wir auf die Situation, auf die relativ schwierige Situation flexibel reagieren müssen. Das beinhaltet das KiBiz schon jetzt. Wir verändern gar nichts. Also, das Krakeelen interessiert, glaube ich, wirklich niemanden.

Denn die Unterschiede zwischen Ihnen und uns sind wirklich frappierend. Niemand im Land – zeigen Sie mir einen, gehen Sie mit mir in eine Kita, dann kriegen Sie von mir einen ganzen Abend Getränke Ihrer Wahl –

(Zurufe von der CDU: Oh!)

sagt, er will den Laschet zurückhaben, niemand im Land, niemand.

(Beifall von der SPD)

Deshalb möchte ich noch einmal die Unterschiede zwischen Ihrer Regierungszeit und unserer herausarbeiten.

Fangen wir einmal in der jüngeren Zukunft an. Wir, Rot-Grün, haben einen Krippengipfel gemacht. Der Unterschied ist: Das hätten Sie nie getan, nie. Wir haben mit allen Akteuren der Elementarbildung Kontakt, mit den Eltern, mit den Gewerkschaften, mit Verbänden, mit Trägern und Kommunen. Wir haben selbstverständlich auch alle eingeladen. Auch das hätten Sie nie getan, nie. Sie haben ein Gesetz gemacht in Absprache mit wenigen. Sie hatten gar kein Interesse, über Qualität mit irgendjemandem zu sprechen.

Der dritte Unterschied ist: Ute Schäfer und die Landesregierung haben für ihren Weg im U3-Ausbau viel Lob und Anerkennung bekommen. Wir haben auf dem Krippengipfel – lieber Bernhard Tenhumberg, wir saßen nebeneinander – gehört, dass die Kommunen mit dem Weg zufrieden sind, die Bürgermeister, die Oberbürgermeister. Der CDU-Oberbürgermeister Hunsteger-Petermann lobt die Landesregierung und sagt: Das ist der richtige Weg.

Wir haben die Träger gehabt, die gesagt haben: Ja, Frau Schäfer, herzlichen Dank für die Einladung. Wir sind da auf dem richtigen Weg. – Wir haben Träger gehabt, die gesagt haben: Frau Schäfer, wir

krempeln die Ärmel hoch. Wir helfen mit. Wir sind da auf dem richtigen Weg.

Eines ist doch ganz klar geworden: Bei dieser Aufgabe, dieses Ziel nächstes Jahr zu erreichen, schiebt keiner mehr dem anderen die Schuld zu. Alle krempeln die Ärmel hoch und helfen mit, dieses Ziel zu erreichen.

Die einzigen im ganzen Land, die rummockern und sich da ein bisschen querstellen, ist die CDU mit 26 % im Rücken. Das verstehe ich ja auch. Sie sind Opposition, Sie müssen da irgendwas machen. Nur, sich auf so dünnes Eis zu begeben ...?

Also auch hier der Unterschied: Wir sind mit dem Weg bei allen Akteuren gelobt worden, von den Eltern über Träger, Kommunen. Alle haben uns gelobt. Der Unterschied zu Ihnen ist: Sie hatten 20.000 Demonstranten gegen das KiBiz vor der Tür stehen. Das ist der Unterschied.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hegemann zulassen?

Wolfgang Jörg (SPD): Aber selbstverständlich.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Kollege.

Lothar Hegemann (CDU): Können Sie mir ein Meinungsforschungsinstitut nennen, das die Bundes-SPD in den letzten drei Monaten über 27 % gesehen hat?

(Zuruf: 26 %! – Zurufe von der SPD)

Wolfgang Jörg (SPD): Ich weiß auch nicht, wie die CDU in der Galaxis bewertet wird. Keine Ahnung; das interessiert mich auch nicht. Wir reden hier über ein Kindergartengesetz und darüber, was Sie an Fehlern gemacht haben und welche Unterschiede im Vorgehen zwischen uns bestehen.

Der vierte Unterschied ist – lieber Kollege Hegemann und lieber Kollege Tenhumberg, ich kann Ihnen das nicht ersparen –: Wir haben in der kurzen Regierungszeit 440 Millionen € in den U3-Ausbau investiert. Sie haben null Euro investiert. Das ist der Unterschied.

(Beifall von der SPD)

Der letzte Unterschied, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir haben unseren Weg aufgrund der Neuwahl nach zwei Jahren auf den Prüfstand stellen müssen. Wir sind mit einer satten Mehrheit für diesen Weg ausgestattet worden. Sie liegen jetzt wegen Ihrer Krakeelerei nur noch bei 26 %. Ich würde vor-

schlagen: Gewöhnen Sie sich an, inhaltsvollere Anträge zu stellen. Kommen Sie mit uns in den Dialog! Wir haben noch ein Jahr, und wir müssen noch viel tun.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Wolfgang Jörg (SPD): Ich höre sofort auf.

Bitte steigen Sie konstruktiv ein, so wie es alle anderen Akteure im Land tun. Ich glaube, dann haben wir wieder eine bessere Diskussion als die, die wir hier gerade Ihretwegen erlebt haben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Ich muss sagen: Als ich diesen CDU-Antrag gelesen habe, ist bei mir eine gewisse Heiterkeit aufgekommen; denn das ist in der Tat ein Treppenwitz.

Es ist ein Treppenwitz, dass sich jetzt ausgerechnet die CDU-Fraktion zur Hüterin der Qualität in den Kindertagesstätten aufschwingt; denn Sie haben es in den fünf Jahren, in denen Sie die Mehrheit hatten und die Gelegenheit hatten, die Regierung zu stellen, nicht hinbekommen, ein Kindergartengesetz zu machen, mit dem die Qualität aufrechterhalten wird. Vielmehr haben Sie es geschafft, in allen Bereichen die Standards herunterzufahren. Das ist die Realität, und daran müssen Sie sich auch heute noch messen lassen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich zähle Ihnen das noch einmal kurz auf: Sie haben gerade bei den unter Dreijährigen – in der kleinen altersgemischten Gruppe, die wir in Nordrhein-Westfalen hatten – eine ganze Personalstelle gestrichen: Personalstandard runter. Sie haben die Verfügungszeiten in den Gruppen weggekürzt. Sie haben die Leitungsspannen ins Unendliche vergrößert und die Leitungsfreistellungen ebenfalls weggekürzt. Das sind Standardabsenkungen und Qualitätseinbußen, die die Erzieherinnen und Erzieher und auch die Kinder bitter zu spüren bekommen haben.

Jetzt stellen Sie sich hierhin und schreien: Haltet den Dieb! Wo ist die Qualität? – Das ist hanebüchen und heuchlerisch. Etwas anderes kann man dazu nicht sagen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich habe mir noch einmal die alten Protokolle aus der vorletzten Legislaturperiode angeschaut. Es gab gerade in Bezug auf die Gruppengrößen eine Diskussion. Wir haben, als wir über das KiBiz beraten haben, sehr viele Diskussionen mit Frau Doppmeier geführt. Frau Doppmeier, es ist leider zu viel, um das hier zitieren zu können. Aber Sie haben gesagt: Es ist doch kein Problem, wenn die Gruppen größer werden können. Das fördert den gesunden Wettbewerb, weil die Eltern ihre Kinder dann nicht in Einrichtungen schicken werden, in denen die Gruppen so groß sind. – Das können Sie nachlesen: 11.10.2007.

(Zuruf von Ursula Doppmeier [CDU])

Meine Damen und Herren, diese Situation gibt es für die Eltern nicht, gerade nicht im U3-Bereich, weil wir zu wenig Plätze haben. Aber das war Ihr damaliger Diskussionsstand. Jetzt stellen Sie sich hierhin und sagen, Rot-Grün wolle die Gruppen vergrößern. Damit kommen Sie nicht weiter.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Tenhumberg zulassen?

Andrea Asch (GRÜNE): Bitte, gerne. – Ich war gerade so schön drin.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Vielen Dank, Frau Kollegin. Sie sprachen gerade über das Personal und die Qualitätsverbesserung. Glauben Sie, dass mit 27.000 neu zu schaffenden Plätzen in diesem Kindergartenjahr, wofür nach Mitteilung der Frau Ministerin lediglich 4.000 Absolventinnen der Fachschulen zur Verfügung stehen, die Betreuungsquote, deren Notwendigkeit wissenschaftlich nachgewiesen ist und die gefordert wird, erfüllt werden kann?

Andrea Asch (GRÜNE): Jetzt sprechen Sie auf den vermeintlichen Fachkräftemangel an. Natürlich müssen wir ausbilden. Es zeigt sich aber auch, dass die Ausbildungskapazität in Nordrhein-Westfalen – die Ministerin hat das auf dem Krippengipfel in ihrer PowerPoint-Präsentation sehr eindrucksvoll gezeigt – in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist: dass wir sehr viel mehr Fachkräfte ausbilden, als wir über die Fluktuation, weil die Erzieherinnen in den Ruhestand gehen, verlieren.

Gleichwohl – da gebe ich Ihnen Recht – müssen wir alle gemeinsam weitere Anstrengungen unternehmen, damit diejenigen, die eine Ausbildung zur Erzieherin absolviert haben, tatsächlich in einer Kita arbeiten können. Wir müssen uns alle fragen, warum sich ein Großteil doch dagegen entscheidet. Das heißt, wir müssen uns auch überlegen, wie wir die Arbeitssituation in den Einrichtungen verbessern. Das ist in der Tat ein großes Problem.

Auch da wäre zu sagen, lieber Kollege Bernhard Tenhumberg: Mit dem KiBiz haben Sie den Erzieherinnen und Erziehern keinen Motivationsschub gegeben, um tatsächlich in einer Einrichtung zu arbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn die CDU in ihrem Antrag moniert, der U3-Ausbau in Nordrhein-Westfalen verlaufe zu langsam, kann man nur immer wieder sagen – der Kollege von der SPD, Wolfgang Jörg, hat das eben gemacht –: Was ist denn in den entscheidenden Jahren nach dem Krippengipfel passiert? Wo waren denn da die Landesgelder?

Das ist doch der entscheidende Unterschied zwischen der damaligen schwarz-gelben und der jetzigen rot-grünen Regierung. Wir haben den Kommunen 1,8 Milliarden € zur Verfügung gestellt, damit sie den U3-Ausbau schultern können, während Sie von Schwarz-Gelb keinen einzigen Cent in die Hand genommen haben, um die Kommunen in ihren Bemühungen zu unterstützen. Das ist die Realität. Im Gegenteil: 2010 kam der Förderstopp, der die Einrichtungen und die Kommunen noch einmal zurückgeworfen hat. Das waren alles Schutthalten, die wir – Rot-Grün – abräumen mussten, um überhaupt auf den jetzigen Stand zu kommen.

Lieber Christian Lindner, Sie werfen uns – Rot-Grün – jetzt vor, wir hätten im bundesweiten Vergleich die rote Laterne. Ich erinnere noch einmal sehr deutlich an Folgendes: Im Jahr 2008, als Sie mit KiBiz und anderen Themen wie Sprachstandserhebung beschäftigt waren, statt sich um den U3-Ausbau zu kümmern, war NRW auf dem vorletzten Platz. Sie haben es unter Ihrer Regierungsverantwortung hingekriegt, auf den letzten Platz abzurutschen. Ihre Verantwortung!

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Leistungen der rot-grünen Landesregierung sind anerkannt worden. Wolfgang Jörg hat das bereits gesagt. Auf dem Krippengipfel haben uns die Kommunen gelobt. Gleichwohl haben wir dort natürlich die Qualitätsdebatte geführt. Da war ich es, die die Kommunen noch einmal deutlich daran erinnert hat, dass die Kommunen diejenigen sind, die gemeinsam mit den Trägern die Jugendhilfeplanung vornehmen und auf die Qualität achten müssen. Es ist mir in der Tat ein besonderes Anliegen, dass man im Zuge der Notwendigkeit des U3-Ausbaus die Qualitätsstandards nicht herunterfährt. Ich habe vom Kollegen Tenhumberg, der auch mit am Tisch saß, kein Wort dazu gehört, dass er die Qualität moniert hätte. Sie sollten so ehrlich sein, das auch gegenüber den Kommunen zu vertreten.

Meine Damen und Herren, wenn es der CDU-Fraktion so ein großes Anliegen ist, den U3-Ausbau zu befördern, dann meckern Sie hier nicht herum, bringen Sie nicht irgendwelche Kassandrarufer aus, sondern richten Sie sich mal an Ihre Bundesregie-

rung, an Familienministerin Schröder, damit das Geld, das vom Bund noch kommt, endlich fließen kann und die Träger im Zuge des vorzeitigen Maßnahmenbeginns endlich auch dieses Geld verbauen können. Dann kämen wir wirklich einen Schritt weiter, aber nicht mit solchen Anträgen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion der FDP spricht Herr Abgeordneter Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider erleben wir heute wieder das altbekannte Spiel: Rot und Grün weisen alle Schuld der Vorgängerregierung zu. Nach zweieinhalb Jahren eigener Regierungsverantwortung ist das schon dreist.

(Beifall von der FDP)

Tatsächlich sieht es in den Kommunen weiterhin schlecht bis katastrophal aus. Von Zufriedenheit, lieber Kollege Wolfgang Jörg, ist da überhaupt keine Rede. Es besteht große Sorge, dass der Rechtsanspruch einfach nicht erfüllt werden kann.

Ich sage hier ganz deutlich: Ich erwarte von der Landesregierung, und ich erwarte auch von diesem Landesparlament als Ganzes ein ganz klares Bekenntnis zum Rechtsanspruch.

(Beifall von der FDP)

Wir dürfen das Versprechen, das die Politik den Familien in diesem Land gegeben hat, nicht brechen. Wir sollten uns da auf gar keine Gedankenspiele einlassen. Der Vorschlag des Städte- und Gemeindebundes, den Rechtsanspruch zu strecken, ist der Sorge um den Ausbaustand geschuldet. Das kann ich auch gut nachvollziehen. Aber dann muss die Landesregierung den Kommunen eben umso mehr zur Seite stehen.

Für die FDP-Fraktion sage ich hier noch einmal deutlich: Wir stehen zu dem Rechtsanspruch, und wir werden eine Aufweichung nicht mitmachen.

(Beifall von der FDP)

Ich will allerdings zugestehen, dass einige nun diskutierte Änderungen durchaus in die richtige Richtung gehen, wie zum Beispiel die Anpassung der Außenfläche. In dem CDU-Antrag wird mir hier allerdings etwas zu wenig differenziert.

Was wir aber definitiv nicht mitmachen werden, das ist eine Absenkung von Qualitätsstandards. Das ist die rote Linie, die in diesem Parlament gelten muss. Wenn die Landesregierung meint, die Gruppen könnten mit Kindern vollgestopft werden, dann ist das genau das Gegenteil von Qualität: Das ist bloße Verwahrung nach dem Motto „sauber, satt und trocken“.

(Beifall von der FDP)

Diese Realität werden wir demnächst in den Kitas haben. Dadurch wird die individuelle Förderung der Kinder auf der Strecke bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, liebe Kollegin Andrea Asch, das Zitat müsste Ihnen bekannt vorkommen. Das ist das Zitat von der größten KiBiz-Kritikerin unter der Sonne, nämlich von meiner lieben Kollegin Andrea Asch aus dem Jahre 2007. Was haben Sie, Frau Asch, damals die Welt untergehen sehen. Jetzt reden Sie ebenfalls über größere Gruppen. Ich sage das noch mal in dieser Deutlichkeit, damit wir fair und wachsam bleiben.

Frau Asch, Sie haben das eben alles so schön ausgeführt. Sie regieren seit zweieinhalb Jahren. Ich würde von Ihnen Maßnahmen erwarten und eine klare Idee, wie Sie nächstes Jahr den Rechtsanspruch erfüllen. Stattdessen schieben Sie die Schuld nur von links nach rechts.

(Beifall von der FDP)

Das ist ja wohl der absolut falsche Weg. Übernehmen Sie endlich mal Verantwortung!

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Asch zulassen?

Marcel Hafke (FDP): Heute leider nicht. Entschuldigung! Aber das können wir auch im Ausschuss diskutieren. Sie hatte ja eben die Möglichkeit, ihre Ideen zu präsentieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, den offen so zur Schau gestellten Optimismus der Landesregierung kann ich nicht nachvollziehen. NRW hat im letzten Jahr unter großen Anstrengungen 17.000 Plätze geschaffen.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Gut. Dann stellen Sie jetzt bitte Ihre Frage.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Sie können jetzt Ihre Zwischenfrage stellen. Der Abgeordnete hat das gerade zugelassen.

Andrea Asch (GRÜNE): Lieber Herr Hafke, Sie haben Rot-Grün eben vorgeworfen, wir hätten keinen Plan, kein Konzept oder keine Idee, wie wir den U3-Ausbau bewältigen. Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht nur Ideen, Pläne und Konzepte haben, sondern dass wir den Kommunen auch 1,8 Milliarden € zur Verfügung gestellt haben, um genau diesen Ausbau zu schultern? Würden Sie außerdem bewerten, dass die schwarz-gelbe Landesregierung im Gegensatz dazu die Kommunen eben nicht unterstützt hat, weil sie ihnen nämlich

keinen einzigen Cent an Landesmitteln zur Verfügung gestellt hat?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Marcel Hafke (FDP): Liebe Frau Asch, ich nehme zwei Sachen zur Kenntnis. Das eine ist, dass diese Landesregierung, wie sie ja selber gesagt hat, unter größer Anstrengung im letzten Jahr 17.000 Plätze geschaffen hat und bis heute nicht erklären kann, wie sie in elf Monaten 27.000 Plätze schaffen kann.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zum Zweiten nehme ich zur Kenntnis, dass Sie ein beitragsfreies Kindergartenjahr eingeführt haben, welches 150 Millionen € kostet, dass dieses Geld eben nicht in die Qualitätsverbesserung investiert werden kann und dass genau dieses Geld den Kommunen jetzt fehlt.

(Beifall von der FDP)

Das sind die zwei Sachen, die ich von Ihnen in den letzten zweieinhalb Jahren zur Kenntnis genommen habe.

Und das ist auch genau der Punkt, um den es hier geht: Sie rechnen immer 32 % vor. Das ist ein schöner statistischer, mathematischer Wert. Aber ein Rechtsanspruch bezieht sich auf jedes Kind in Nordrhein-Westfalen. Die Regierung müsste also auch mal sagen, wo wir denn tatsächlich liegen. Es gibt doch Kommunen, in denen wir vielleicht gar nicht bei 32 % sind, sondern bei 60 %. Die Landesregierung kann aber nicht beziffern, wie die Ausbausituation aussieht und ob wir den Rechtsanspruch nächstes Jahr überhaupt erfüllen können. Deshalb, liebe Landesregierung, wäre es jetzt an der Zeit, dass Sie von den 32 % abrücken. Diese Strategie ist durchschaubar. Sie hoffen, dass Sie mit diesen 32 % gerade so die Quote erfüllen und sich dann herausreden können, dass Sie den Rechtsanspruch erfüllt haben. Ich würde mir wünschen, wenn Sie die tatsächliche Situation heute auch beim Namen nennen würden.

Was Sie ebenfalls auf meine Nachfrage hin zugeben mussten, ist: Die Gefahr von Klagen besteht, und sie ist mehr als real. Sollten Familien keinen U3-Platz bekommen, dann haben sie gute Chancen, ihn einzuklagen. Das ist für die Kommunen in unserem Land eine riesige Gefahr. Hier würde ich von der Landesregierung erwarten, dass sie deutlich sagt, wie sie mit diesem Problem umgehen möchte.

Ich möchte abschließend einen Aspekt in die Debatte einbringen, der mir viel zu kurz kommt – übrigens leider auch im Antrag der CDU –, nämlich das Thema „Betriebliche Kitas und privat-gewerbliche Träger“. Wir verschenken unglaublich viel Potenzial, weil wir private Träger aus der Förderung aus-

schließen. Wir haben schon 2010 einen Antrag zur Gleichstellung eingebracht. Vielleicht hilft der Druck, der jetzt beim U3-Ausbau herrscht, dass Sie sich noch einmal mit diesem Thema beschäftigen.

Abschließend: Verabschieden Sie sich von 32 %, und nennen Sie das Ausbauziel, das weit darüber liegen wird, beim Namen! Sagen Sie, wie Sie der Gefahr von Klagen begegnen und die Kommunen unterstützen möchten! Legen Sie ein Konzept für die Fachkräftegewinnung vor! Denken Sie noch einmal über die Förderung privat-gewerblicher Träger nach! Insgesamt: Werden Sie konkret! Zeigen Sie auf, wie Sie den Rechtsanspruch umsetzen wollen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hafke. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe eine Bitte, die ich an Sie herantragen möchte. Wenn Sie Zwischenfragen stellen, bitte ich Sie, das von Ihrem jeweiligen Abgeordnetenplatz aus zu tun. Wenn Sie nicht auf Ihrem eigenen Platz sitzen, besteht die große Gefahr, dass wir Sie mit falschem Namen ansprechen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das kriegen Sie aber hin!)

Wir sind 237 Abgeordnete im neuen Landtag. Viele neue Kolleginnen und Kollegen sind dabei. Wir kennen noch nicht alle. Daher meine herzliche Bitte, Zwischenfragen von Ihrem eigenen Abgeordnetenplatz aus zu stellen. Damit erleichtern Sie auch dem Präsidium die Arbeit. – Vielen Dank.

Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Wegner.

Olaf Wegner (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Mitbürger! Leider finden die Gespräche und Diskussionen zur U3-Betreuung in diesem Hause, zumindest seit ich in diesem Haus Mitglied bin, sehr, sehr selten auf einer sachlichen und konstruktiven Ebene statt. Und das ist noch sehr milde ausgedrückt.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

In allen Gesprächen und Sitzungen, an denen ich bisher teilgenommen habe und in denen das Thema „U3“ besprochen wurde, bestand der Hauptteil der Gespräche aus Sticheleien und Vorwürfen zwischen CDU und FDP auf der einen und SPD und Grünen auf der anderen Seite.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Größtenteils wurde hierbei der jeweils anderen Seite der Vorwurf gemacht, dass sie für die schlechte Situation beim Ausbau der U3-Betreuung verantwortlich sei.

Auf der einen Seite wirft die CDU Frau Ministerin Schäfer vor, dass die schlechte Situation beim Ausbau der U3-Betreuung durch Fehler in den letzten zwei bzw. zweieinhalb Jahren bedingt sei. Frau Ministerin Schäfer weist ihrerseits auf ihre schlechte Ausgangslage vor zwei Jahren hin, welche die CDU und die FDP zu verantworten hätten.

Ich kann Sie beide beruhigen: In meinen Augen haben Sie beide recht.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Ja, Herr Tenhumberg, wir Piraten sind auch der Meinung, dass in den letzten Jahren beim Ausbau der U3-Betreuung viele Fehler gemacht worden sind, wobei ich den größten Fehler darin sehe, dass die Aufgabe, die U3-Betreuung auszubauen, viel zu spät intensiv angegangen wurde.

Und auch Ihnen, Frau Ministerin Schäfer, muss ich recht geben. Die Ausgangslage, die Sie damals von der CDU und der FDP übernommen haben, war katastrophal. Auch hier kann ich den in meinen Augen größten Fehler benennen: Es sind die Gesetze, Verordnungen und Vereinbarungen, die aus der Zeit der schwarz-gelben Koalition stammen. Hier wimmelt es nur so von Soll-Bestimmungen und Soll-Regeln, die viel Spielraum bei Gruppengröße, Betreuungsschlüssel und Quadratmeterzahl pro Kind zulassen.

Aber sind es denn nicht gerade diese Gesetze, Verordnungen und Vereinbarungen, hinter denen Sie in Deckung gegangen sind, als ich im Ausschuss in der letzten Woche meine Bedenken hinsichtlich der von Ihnen geplanten Vergrößerung von Gruppen äußerte?

Bemerkenswert finde ich, dass Sie meinen Bedenken hinsichtlich der Qualitätsminderung nicht widersprochen, sondern sofort darauf hingewiesen haben, dass Sie sich immer im rechtlichen Rahmen bewegen werden.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Ich muss sagen: Solche Bedenken hatte ich gar nicht geäußert.

Einen Abbau der U3-Qualitätsstandards lehnen wir Piraten strikt ab. Wir werden uns hierbei auch auf keine Milchmädchenrechnungen, wie Sie sie, Frau Ministerin Schäfer, auf dem Krippengipfel vorgebracht haben, einlassen.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Die Qualitätsstandards für die U3-Betreuung gehören nicht nur erhalten, sie müssen dringend verbessert werden.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Wir Piraten vertreten die Auffassung, dass Bildung mit der Geburt beginnt – jeder Entwicklungspsychologe wird Ihnen das bestätigen –, vor allem aber, dass die frühkindliche Bildung für die weitere Ent-

wicklung eines Menschen essenziell wichtig ist. Deshalb muss der frühkindlichen Bildung nach Ansicht der Piraten mindestens die gleiche Bedeutung beigemessen werden wie der schulischen Bildung.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie muss von einer reinen U3-Betreuung zu einer U3-Bildung erweitert werden.

U3-Bildung bedeutet für die Piraten unter anderem den Einsatz von studierten Erziehern und Pädagogen als Regelfall. Das muss uns der wichtigste Bildungsabschnitt der Kinder wert sein.

U3-Bildung bedeutet aber auch kleinere Gruppen von sechs bis neun Kindern bei mindestens zwei bis drei Pädagogen, um eine individuelle Bildung und Entwicklung zu ermöglichen. Auch das müssen uns die Kinder wert sein.

Der frühkindlichen Bildung einen angemessenen Wert zu geben – davon sind wir in diesem Land noch meilenweit entfernt. Uns Piraten ist auch klar, dass das wohl nicht von heute auf morgen umsetzbar ist. Doch solange das so ist, werden wir Piraten uns nicht nur dafür einsetzen, dass die Qualitätsstandards für die U3-Betreuung nicht verschlechtert werden, sondern wir werden uns auch dafür einsetzen, dass die Quantitätsstandards kontinuierlich verbessert werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Als einen ersten Schritt erwarten wir von der Regierung, dass aus den Soll-Regelungen zu Gruppengröße, Betreuungsschlüssel und Quadratmeterzahl pro Kind so schnell wie möglich Muss-Regeln werden, um endlich einen wirklichen Qualitätsstandard bei der U3-Betreuung in diesem Land garantieren zu können.

Ich hoffe darauf, dass bei den folgenden Gesprächen zu diesem Thema im Ausschuss auch mal wieder an die Kinder und deren Entwicklung gedacht wird und nicht nur nach Schuldigen gesucht wird.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

Olaf Wegner (PIRATEN): Das hilft keinem Kind und schafft auch keinen Kitaplatz.

Ich bitte Sie daher, liebe Kolleginnen und Kollegen: Lassen Sie uns zusammen die U3-Bildung unserer Kinder sachlich und konstruktiv planen und umsetzen. Unter „sachlich“ verstehen die Piraten, dass die Interessen der Kinder bei diesem Thema an erster Stelle stehen. Alle anderen Interessen sind höchst-

tens zweitrangig. Ich sage dazu nur: Im Zweifel immer für die Kinder. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wegner. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In der Tat ist hier immer viel Emotionalität in der Debatte. Das kann man bei der Diskussion auf dem Krippengipfel so nicht verzeichnen.

Ich möchte an alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Krippengipfels noch mal die Frage richten, welchen Eindruck sie davon mitgenommen haben. Ich richte diese Frage vor allem an Herrn Tenhumberg und Herr Hafke. Nach meiner Wahrnehmung gab es eine große Übereinstimmung in einem Punkt: An der Qualität darf es keine einzige Einbuße geben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Da waren wir alle einer Meinung.

Im Übrigen hatten wir uns schon beim ersten Krippengipfel darauf verständigt, dass gegenseitige Schuldzuweisungen überhaupt nicht weiterhelfen; denn das Problem und die Herausforderungen sind so riesengroß, dass man sich endlich einer lösungsorientierten Entwicklung zuwenden sollte.

Ich habe mich in der Tat über das Lob für die Landesregierung gefreut, dass wir in Nordrhein-Westfalen innerhalb eines Jahres einen zweiten Krippengipfel durchgeführt haben. Ich hatte die Bundesfamilienministerin mehrfach aufgefordert, dies bitte noch mal auf Bundesebene zu tun. Der Bund hat sich einem weiteren Krippengipfel bis heute verweigert. Das bedauere ich sehr.

Mich hat der Antrag ein bisschen erstaunt. Vor allen Dingen hat mich erstaunt, dass ich von Herrn Hafke gebeten wurde, ich möge für die Landesregierung klar sagen: Wir stehen zum Rechtsanspruch. – Lieber Herr Hafke, ich habe das auf dem Krippengipfel gesagt. Da waren Sie anwesend. Lieber Herr Hafke, ich habe das auf der Pressekonferenz gesagt. Das stand in der Zeitung. Aber, lieber Herr Hafke, wenn es Sie beruhigt, rufe ich Sie jede Woche einmal an und sage Ihnen: Ich stehe weiterhin zum Rechtsanspruch.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Vielleicht haben wir das Thema auf diese Weise zu unserer gemeinsamen Zufriedenheit geklärt.

Verwundert hat mich an diesem Antrag allerdings auch die Frage, ob wir uns über den Konnexitätsgrundsatz klar wären. Es klang die Frage durch, ob wir mit den Kommunen ordentlich umgingen. Das

hat mich wirklich verwundert. Denn, Herr Tenhumberg, mit dem vorliegenden Entwurf zum Belastungsausgleichsgesetz, dem KiföG, übernehmen wir das, was Ihre Pflicht gewesen wäre und was von der Landesregierung gefordert ist, nämlich die Umsetzung des Konnexitätsprinzips. Wir machen das. Sie haben das leider nicht getan.

Lassen Sie mich noch mal klar sagen: Wir sind ein verlässlicher Partner der Kommunen und der Träger. Bis 2018 werden wir 1,4 Milliarden € für Betriebskosten und weitere Investitionskosten zur Verfügung stellen. Herr Hafke, Sie schmunzeln schon ein bisschen. Ich habe niemals behauptet, dass einer bei 32 % im Landesdurchschnitt den Stoppknopf drückt und wir dann nichts mehr machen. Ich habe auf dem Krippengipfel vielmehr ganz klar skizziert, wie es weitergehen muss. Darum gibt es auch weitere Investitionsunterstützungsmöglichkeiten seitens des Landes.

Wenn die Sorge um die Qualität bei den Oppositionsfractionen ständig im Mittelpunkt der Diskussion steht, dann frage ich mich wirklich, wo Sie all die Jahre gelebt haben.

Punkt eins: Mit dem KiBiz haben sich die Arbeitsbedingungen für die Fachkräfte verschlechtert. Der Krankenstand ist eindeutig angestiegen, ebenso die Zahl der befristeten Arbeitsverträge. So viel zu Ihrem Qualitätsverständnis!

(Beifall von der SPD)

Punkt zwei: noch etwas zum Standard Qualität. Wir haben mit dem Ersten KiBiz-Änderungsgesetz den Personalschlüssel in den Gruppen für U3 verbessert. Wir haben den Kinderpflegerinnen wieder die Möglichkeit gegeben, in diesen Gruppen zu arbeiten. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung und dient der Unterstützung der Qualität in den Kitas.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Selbstverständlich kümmern wir uns auch um die Fachkräfte. Wir haben ganz klar die Anstrengungen verstärkt, mehr Fachkräfte auszubilden. Sie wissen genau, dass sich in unseren Fachschulen und Berufskollegs zurzeit etwa 19.500 junge Leute zu Erziehern und Erzieherinnen ausbilden lassen. Ich glaube, damit sind wir in Nordrhein-Westfalen ganz gut aufgestellt. Gleichwohl – Frau Asch hat es schon gesagt – bleibt es eine ständige Herausforderung, hierfür weiter Werbung zu machen. Wir sollten jede Möglichkeit nutzen, dieses auch zu tun.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, es liegen zwei Wortmeldungen vor.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ich würde meine Ausführungen gerne zu Ende bringen.

Sie behaupten ständig, wir würden die Gruppengrößen dramatisch verändern wollen. Noch mal, ich danke Herrn Laumann für seine klare Ausführung. Er meint, ich hätte gesagt: mehr Kinder, mehr Personal und entsprechender Raum. – Das ist auch richtig so. Das heißt ganz klar, die Qualität bleibt erhalten. Mehr U3-Kinder bedeuten mehr Personal und mehr Räumlichkeiten für ihre Betreuung.

Nicht jede Einrichtung ist gleich. Das muss man sehen. Manche haben extra Räume und können dies leisten, manche können das nicht. Das wird das Landesjugendamt in jeder Hinsicht prüfen. Das Kindeswohl steht dabei ausdrücklich im Vordergrund, Herr Wegner. Das müssen die Landesjugendämter prüfen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie mich jetzt noch mal etwas zur Qualität sagen. Ich möchte noch mal ganz deutlich hervorheben, was Herr Laschet in seiner Zeit als verantwortlicher Minister gesagt hat. Er hat im Januar 2010 laut „Welt“ gesagt, Qualität und Quantität gleichzeitig voranzutreiben, sei nicht finanzierbar. Jetzt müsse man primär auf Quantität setzen, und die Zahl der U3-Plätze müsse gesteigert werden.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Das ist die Aussage von Herrn Laschet gewesen, um das noch mal ganz deutlich zu machen. Sie führen hier nach meinem Dafürhalten eine Scheindebatte auf Kosten der Kinder und auf Kosten der Eltern.

Wenn wir uns Herrn Wegners Appell nach mehr sachlicher Debatte auch im Ausschuss zuwenden könnten, hätte ich dafür sehr viel Sympathie. Ich bedanke mich noch mal für Ihre Anregungen in dieser Hinsicht. Daran sollten wir uns gelegentlich mal erinnern. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um 1:19 Minuten überzogen. Möchte jemand von den anderen Fraktionen noch einmal das Wort? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/820** an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig erfolgt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

6 Gesetz zur Sicherung eines qualitativ hochwertigen und wohnungsnahen Grundschulangebots in Nordrhein-Westfalen (8. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/815

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Frau Ministerin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! „Bildung heißt, den Kindern helfen, die Welt zu entschlüsseln“, sagt die Pädagogik. „Bildung ist der Weg aus der Familie, um sich in die soziale Welt hineinzufinden“, sagt die Soziologie. „Bildung heißt, eigene Lebensstrukturen organisieren“, sagt die Psychologie.

Bildung ist Selbstständigkeit. Bildung geschieht von Anfang an. Deshalb sind Grundschulen von zentraler Bedeutung für die nachfolgende Schullaufbahn unserer Kinder und für die Leistungsfähigkeit unserer Schullandschaft insgesamt.

Im Rahmen des Schulkonsenses zwischen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben wir verabredet, dem Prinzip „kurze Beine – kurze Wege“ Rechnung zu tragen. Kleine Grundschulstandorte sollen möglichst erhalten bleiben können.

Im Oktober vergangenen Jahres hatte der Landtag die Landesregierung aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, welches eine qualitativ hochwertige und wohnungsnah Versorgung im Grundschulbereich sichern soll – Entschließungsantrag vom 20. Oktober 2011, Drucksache 15/3037.

Mit dem nun vorliegenden Entwurf des 8. Schulrechtsänderungsgesetzes werden die notwendigen schulgesetzlichen Grundlagen geschaffen, damit die neuen Regelungen des Grundschulkonzepts zum Schuljahr 2013/2014 in Kraft treten können. Die notwendigen ergänzenden Regelungen zur Klassenbildung werden im Rahmen einer Verordnung zum Schulgesetz geschaffen.

Meine Damen und Herren, das Konzept, das ich dem Landtag im Dezember 2011 zugeleitet habe, hat viel Zustimmung erfahren. Ich hoffe, dass die anstehenden Beratungen im Gesetzgebungsverfahren ähnlich konstruktiv verlaufen und das Gesetz mit breiter parlamentarischer Zustimmung verabschiedet werden kann.

Ich möchte an dieser Stelle nur drei wesentliche Regelungen des Gesetzentwurfs nennen.

Erstens. Mit der Einführung einer kommunalen Klassenrichtzahl schaffen wir mehr Gerechtigkeit